

# Riesner Tageblatt

Drahtanschrift:  
Tageblatt Riesner.  
Fernruf Nr. 20.  
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesner, des Finanzamts Riesner und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:  
Dresden 1530.  
Telefon:  
Riesner Nr. 52.

Nr. 113.

Dienstag, 16. Mai 1933, abends.

86. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubende und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesner. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesner. Geschäftsstelle: Weitzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesner; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesner.

## Vorbedingungen für die Weltwirtschaftskonferenz.

Von maßgebender Seite wird uns geschrieben:  
Am Mittwoch wird der Reichskanzler im Reichstage in seiner Rede seine Ansicht dahin ausdrücken, daß in Genf die Wogen geklärt sein müssen, die Abrüstungskonferenz den Willen zur Abrüstung zeigen müsse, wenn die Weltwirtschaftskonferenz einen Erfolg versprechen solle. Schon immer — nicht erst seit gestern und heute — galt doch die Ansicht, vor der Weltwirtschaftskonferenz müßte der Frieden der Welt und vor allem der europäische Frieden gesichert sein. Man sprach Monate und Jahre lang von diesen Vorbedingungen, die Vereinigten Staaten haben es in mehreren Staatsakten betont, sie würden sich in die europäischen Verhältnisse erst dann einmischen, wenn der Rüstungsabwahn ein Ende habe. Sie haben in den wichtigsten Verhandlungen, zuletzt in Lausanne, große Entscheidungen für die Kriegsschulden usw. von der Abrüstungskonferenz abhängig gemacht. Und doch hat die Welt, haben die Träger des Militarismus plötzlich alles vergessen und in Genf versucht, den Wogen zu überspannen und sich nicht gekümmert, einer Krise zuzutreiben, die jetzt schon eine Belastung der Weltwirtschaftskonferenz sein könnte. Man hat ernste Bedenken, ob tatsächlich bis zum 12. Juni, dem Zusammenritt der Weltwirtschaftskonferenz, wirklich die Krise überwunden sein wird und glaubt nicht mit Unrecht, daß die Weltwirtschaftskonferenz in einem schlechten Zustand beginnen werde.

Obwohl alle Mächte zu allererst von der Wirtschaft abhängig sind, obwohl die Weltwirtschaft das Unterland einer Weisung heißt, obwohl nur von einer blühenden Weltwirtschaft die Völker profitieren können, nicht aber von gefährdeten Heeren und vom Krieges und ewiger Kriegsgefahr, gelten vernünftige Ansichten heute heraldisch wertlos. Vielleicht wird der Appell des Kanzlers, den man ja nun auch in Genf zu erwarten scheint, die Situation bessern, vielleicht das Gewissen der Rüstungsmächte schlagen lassen, alle daran erinnern, daß sie so lange an nichts anderes als an die Weltwirtschaftskonferenz denken und von dieser Konferenz das Heil der Welt, die Befreiung der Welt aus dem Joch der Depression erwarteten. Vielleicht richtet die Rede wieder das Vertrauen der Welt zu der Weltwirtschaftskonferenz auf. Diese Konferenz kann ja nur im Zeichen des Vertrauens gedeihen und Erfolg bringen.

Schon jetzt sind alle Vorbedingungen für die Konferenz erfüllt, soweit sie die Verhandlungen erleichtern können. Alle maßgebenden Mächte haben sich auf den Zollfrieden geeinigt, bis die Konferenz ihren Anfang genommen hat, alle haben sich verpflichtet, den Zollwaffenstillstand erst am 31. Juli d. Js. mit einmonatiger Frist zu kündigen, wenn sie die Ausschüttung dieses Abkommens in dem Gang der Weltwirtschaftskonferenz erkennen. Die Delegationen bereiten sich vor. Sachverständige sind in allen Ländern an der Arbeit, das seit Jahren angehäufte Material zu sichten und zu bewältigen. Die schwerste und wichtigste Konferenz steht bevor, die die Wende bringen soll, die Befreiung aus der Weltnot, aus dem Mißtrauen, aus den Geld- und Desinfektionschwierigkeiten, aus der Verschuldung, aus der Abwärtstendenz, und viele Länder glauben auch, aus der eigenen Verzerrung.

Angesichts solcher Werte bleibt Genf der große Untergrund, der geschlossene Schwadron fast aller Mächte gegen Deutschland, ein unverantwortliches Spiel, eine Belastung der Atmosphäre. Um die Befreiung der Atmosphäre muß in den nächsten Tagen gerungen werden, wenn die große Konferenz in London nicht ebenso vorübergehen soll, wie die Konferenz von Lausanne, auf die so große Hoffnungen gesetzt waren, die aber von einer schlechten politischen Luft umgeben war und die deshalb weiter nichts als ein Abkommen zustande brachte, das finanztechnisch von Nutzen, für uns die Befreiung von schwerer Reparationslast war, aber keine Folgen, die günstigen Folgen dieser Befreiung vermischen ließ. So könnte es auch mit der Londoner Konferenz werden, wenn in Genf die Militärs weiter mit Säbeln rasselnd und dem deutschen Reich bemüht Unrecht getan wird, wenn der Friedenswillen nur schleichend verfallen wird, nicht aber mit der großen Ehrlichkeit, die die berechtigten deutschen Forderungen aufweisen und deren Erfüllung die beste Grundlage für den europäischen Weltfrieden, aber auch für einen wirtschaftlichen Aufstieg der Welt bedeuten könnten.

## Erbböferecht ab 1. Juni

Das vom Preussischen Kabinett verabschiedete Erbböferecht tritt am 1. Juni in Kraft. Bis zu diesem Zeitpunkt werden auch die Ausführungsbestimmungen vorliegen. Das Gesetz bringt in Bezug auf den Erbböferechtigen noch insofern eine interessante Neuerung, als es die Wiederherstellung der Vollbürgerschaft ermöglicht. Die Familien, die in der weiblichen Linie in der dritten Generation südtürkisches Blut haben, sind bekanntlich von der Eintragung in die Auerbörrolle ausgeschlossen. Bei Heirat des Besten an die nächste Generation, also wenn das südtürkische Blut erst im vierten Glied vorhanden ist, gelten die Familien wieder als vollbürgert und werden des Erbböferechts im vollen Umfang teilhaftig.

## Deutscher Protest in Wien.

### Unbegreifliches Verhalten Wiens

Dr. Frank wird indirekt ausgewiesen  
Wie verlautet, hat die österreichische Bundesregierung Montagvormittag der Polizei in Graz (Steiermark) die Weisung erteilt, dem Reichsjustizkommissar Dr. Frank den Wunsch der Regierung zu übermitteln, das Land zu verlassen, da sie in seiner Rede in Graz eine „Verpöschung der Regierung und Aufreizung zur Gewalt“ erblickt hätte. Da Dr. Frank Graz bereits im Auto verlassen hatte, erhielt die Polizei in Salzburg den gleichen Auftrag und übermittelte ihn Dr. Frank, als dieser am späten Nachmittag dort eintraf. Dr. Frank überschritt um 8.45 Uhr die Grenze nach Bayern.

### Protest eingelegt

Der deutsche Gesandte Dr. Riehl hat entsprechend der ihm von der Reichsregierung erteilten Weisung am Montag

bei der österreichischen Regierung scharfen Protest wegen der Vorfälle bei dem Besuch des Reichsjustizkommissars Dr. Frank, des preussischen Justizministers Kerst und des Ministerialdirektors Dr. Freister erhoben.

### Heber 2000 Nationalsozialisten verhaftet

Wie gemeldet wird, sind am Sonntag in ganz Oesterreich im Zusammenhang mit Kundgebungen gegen die Heimwehr und Zusammenstößen mit ihnen insgesamt 2334 Nationalsozialisten festgenommen worden, die teils zu Geldstrafen verurteilt wurden. In gerichtlicher Haft sollen sich zur Zeit noch 300 Personen befinden. Die Innsbrucker Landesregierung hat 54 reichsdeutsche Studenten, die bei den letzten Unruhen in Innsbruck verhaftet wurden, ausgwieseln und sie aufgefordert, Oesterreich binnen 24 Stunden zu verlassen.

## Preisbildung und Kaufkraft.

Berlin. (Zuspruch.) Der Reichskommissar für Preisüberwachung und der Reichskommissar für die Wirtschaft haben bekannt:

Der Weg zur Besserung der Wirtschaftslage kann auf den Gebieten der lebenswichtigen Gegenstände und Leistungen des täglichen Bedarfs nicht mit einer Preisfestschaltung, sondern nur mit einer Neuentlohnung geschehen. Erst hiernach kann eine Preisfestschaltung folgen.

Eine vorweggenommene, etwa durch wirtschaftliche oder politische Maßnahmen künstlich erzeugte Preisfestschaltung muß zusammenbrechen, wenn sie auf einen Markt trifft, dessen Kaufkraft nicht vorher durch produktive Mehrarbeit entsprechend der Preissteigerung gehoben ist. Echtere Kaufkraft kann nur durch die Schaffung von Gegenwerten durch nützliche Arbeit erzeugt werden.

Der Wunsch der eigenen Wirtschaftsgruppen, aus der heute vielfach unzulässigen Preisbildung herauszukommen, ist wohl zu verstehen. In der Herstellung eines gerechten Ausgleiches von Leistung, Lohn und Gewinn sieht die Reichsregierung, wie in der Arbeitsbeschaffung ihre vornehmste Aufgabe. Sie verlangt von jedem Deutschen in dieser Zeit des Wirtschaftsaufbaues das größte Maß von Selbstbeherrschung, Selbstdisziplin und Opferkraft. Gemeinnutz geht vor Eigennutz.

Der Reichskommissar für die Wirtschaft:  
ges. Dr. Wagener.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung:  
ges. i. A. von Salch.

## Eine letzte Gelegenheit.

Große Arbeitsbeschaffungsanleihe mit Amnestie für Kapitalverschlebung und Steuerhinterziehung. — Ein Vorschlag des Reichswirtschaftskommissars.

\* Berlin. Wie die Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz meldet, hat der Reichswirtschaftskommissar Dr. Wagner an den Reichsjustizminister ein Schreiben gerichtet, in dem er unter Hinweis auf die dringende Notwendigkeit der energischen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit folgenden Vorschlag macht:

Ich schlage vor, daß für alle Fälle der Steuerhinterziehung und der Kapitalverschlebung, bei denen nicht auch noch andere strafbare Handlungen misprechen, unter der Bedingung eine Amnestie verkündet wird, daß die Täter einen Teil ihres flüssigen Vermögens und insbesondere das ins Ausland verschobene Kapital für eine großzügige nationale Arbeitsbeschaffungsanleihe zur Verfügung stellen. Die Arbeitsbeschaffungsanleihe, die selbstverständlich nur mit einem niedrigen Zinssatz zu verzinsen ist, soll den Grundstock für den großen Akt der Arbeitsbeschaffung und der Wiedereingliederung der Armeen unseres Volkes, auf denen der Fluch der Fehler der vergangenen Regierung lastet, in den Wirtschaftsvorgang bilden.

Wer also das Kapital, das er durch Verletzung der Vorschriften des von uns gestärzten Systems gerettet hat, zur Verfügung stellt, um damit an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau unserer Nation zu arbeiten, soll nicht mehr verfolgt werden.

Wer aber die letzte Gelegenheit, den Gemeinnutz vor den Eigennutz zu stellen, vorbeizusehen läßt, soll in Zukunft als Landes- und Volksverräter von der ganzen Schwere des Gesetzes getroffen werden.

### Die Begründung des Vorschlages des Reichswirtschaftskommissars.

In dem Schreiben des Reichswirtschaftskommissars Dr. Wagner an den Reichsjustizminister Dr. Gürtner heißt es zur Begründung des Vorschlages einer Arbeitsbeschaffungsanleihe mit Amnestie u. a.:

In den letzten Wochen ist eine Sucht ausgebrochen, fahrende Männer der Wirtschaft von ihren Arbeitsstellen wegzuholen und dem Staatsanwalt zu überliefern, weil gegen sie der Verdacht vorliegt, in den Jahren der marxistischen Herrschaft in Deutschland sich der Steuerhinterziehung oder der Kapitalverschlebung schuldig gemacht zu haben. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß in vielen Fällen nicht der Ruf nach Gerechtigkeit der Antrieb ist, Männer großer wirtschaftlicher Verantwortung vor Gericht zu ziehen, sondern persönliche Gefühle einzelner, bei denen zum Teil kleinliche Momente, zum Teil laaer Schadenfreude und Haß die Triebfedern des Handelns sind.

Auch für den Neuaufbau der Wirtschaft ist es ein Hemmnis, wenn die Persönlichkeiten, mit denen ich zusammen den Aufbau durchführen muß, in ihrer Entscheidungsfähigkeit behindert sind, weil sie dauernd erwarten müssen, auf Grund irgendeiner Anzeige in das Gefängnis abgeführt zu werden. Selbst für die Finanzierung einer großartigen Arbeitsbeschaffung ist es ein Hindernis, wenn gerade diejenigen Vertrauen und Zuversicht verlieren, die nun einmal zu den Hauptkreditgebern gehören. Selbst wenn wir davon überzeugt sind, daß die Auswirkungen der von uns geplanten großen wirtschaftlichen Maßnahmen zum unbedingten Ziel führen, rechtfertigt diese Überzeugung es nicht, auf die Aufbaumachung auch der letzten Kräfte persönlicher und finanzieller Art zu verzichten. Wir sind es vielmehr dem gesamten deutschen Volk und dem deutschen Arbeiter schuldig, alles bis auf den letzten Mann und bis auf den letzten Groschen zur Mitarbeit heranzuziehen.